

EUROPÄISCHES PARLAMENT

57. SITZUNG DES GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES EU-TÜRKEI

Brüssel, 27.-28. November 2006

PROTOKOLL

Inhalt

	<u>Seite</u>
1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung	2
2. Genehmigung des Protokolls der 56. Sitzung des GPA EU-Türkei vom 3. bis 5. Mai 2006 in Ankara	2
3. Die Zypern-Frage im Kontext des Erweiterungsprozesses Einleitende Erklärungen	2
- des Ratsvorsitzes der EU	
- der Europäischen Kommission	
- der türkischen Regierung	
4. Beziehungen EU-Türkei und Beitrittsverhandlungen	7
5. Kampf gegen den Terrorismus Allgemeine Aussprache	10
6. Umwelt – Kapitel 27 – Allgemeine Aussprache	12
7. Verschiedenes	14
8. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung	14

ANHANG: Liste der Teilnehmer

Der Ko-Vorsitzende Herr LAGENDIJK eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr und heißt alle Mitglieder des GPA willkommen. In einer kurzen Einleitung geht er auf die Ablehnung des finnischen Plans für Zypern ein und unterstreicht die Bedeutung der Sitzung für eine bessere Bewertung der Lage.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der 56. Sitzung des GPA EU-Türkei vom 3. bis 5. Mai 2006 in Ankara

Das Protokoll wird genehmigt.

Der Ko-Vorsitzende Herr DUMANOGLU heißt die Teilnehmer der GPA-Sitzung ebenfalls willkommen. Er würdigt die Fortschritte sowie die Kritikpunkte der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Türkei. Er billigt die Fortschritte und hebt das Ziel der Vollmitgliedschaft hervor, an die er fest glaubt. Herr DUMANOGLU führt aus, dass im Rahmen des Reformpakets über 100 Gesetze zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands erlassen wurden. Er stellt fest, dass bei keinem der nach § 301 eingeleiteten Verfahren, zu dem die Regierung bereit ist, Änderungsanträge von Organisationen der Zivilgesellschaft zu prüfen, ein Präzedenzfall geschaffen wurde. In Bezug auf die Zypernfrage müsse eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung entsprechend den von der EU am 26. April 2006 gefassten Beschlüssen gefunden werden. Er erinnert an die Zusagen, die nach dem Referendum über den Annan-Plan gemacht wurden, die auch Handelsfragen betrafen, welche wieder aufgerollt werden sollten und in die auch Nordzypern einbezogen werden müsse. Er kritisiert den jüngsten Fortschrittsbericht zur Türkei, in dem weder auf die Beschlüsse vom 26. April noch auf das Referendum zum Annan-Plan eingegangen worden sei. Herr DUMANOGLU erklärt, dass die Türkei entschlossen sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und fordert die EU auf, an den nach dem Annan-Referendum im Rahmen der eindeutigen Erklärung des Rates vom 17. Dezember 2004 gemachten Zusagen festzuhalten. Er stellt fest, dass der Terrorismus ein weltweites Problem darstellt, das auf die ungelöste Palästina-Frage zurückzuführen ist. Die Türkei lehne alle Formen des Terrorismus ab, der mit Religion, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache oder Kultur nichts zu tun habe. Die Türkei habe bereits 35 000 Todesopfer zu beklagen. Sie habe 150 Milliarden Dollar für den Krieg gegen den Terrorismus ausgegeben, was eine sehr große Belastung für die türkische Wirtschaft sei. Die Türkei sei fest entschlossen, ihren Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Annäherung an Europa fortzusetzen. Abschließend unterstreicht Herr DUMANOGLU die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Europa, die zur Energiesicherheit für Europa beitragen wird.

3. Der Ko-Vorsitzende Herr LAGENDIJK schlägt vor, zunächst die Zypern-Frage und die Bemühungen des finnischen Ratsvorsitzes um eine Lösung zu diskutieren und anschließend alle übrigen Probleme der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei.

Frau KAKKO, die den finnischen Ratsvorsitz vertritt, ergreift das Wort und bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass sie Gelegenheit hat, auf der GPA-Sitzung zu sprechen. Sie betont, dass die EU ihre Verpflichtungen, die auf der letzten Tagung des Europäischen Rates im Juni, mehrfach bekräftigt wurden, einlösen werde. Der Beitrittsprozess der Türkei

zur EU werde streng und mit großen Anforderungen verbunden sein, er werde kontinuierliches Engagement und Entschlossenheit auf beiden Seiten erfordern. Der Screening-Prozess sei im letzten Monat abgeschlossen worden. Man habe die Verhandlungen zu einem Kapitel aufgenommen und im Juni vorläufig beendet. Die Kommission bestätigt, dass die Türkei die im Fortschrittsbericht 2006 vorgestellten politischen Reformen fortgesetzt hat. Sie stellt jedoch fest, dass sich das Tempo im zurückliegenden Jahr verlangsamt habe. Für die Türkei sei es unerlässlich, dass sie ihre Anstrengungen zur Ausweitung des Reformprozesses verstärkt und konsequent dafür sorgt, dass er landesweit von allen öffentlichen Behörden umfassend und wirksam umgesetzt wird. Es müssten die Unumkehrbarkeit und Nachhaltigkeit des Prozesses garantiert werden, wovon in erster Linie die Bürger der Türkei profitieren würden. Die EU werde die Reformfortschritte im Rahmen der Beitrittspartnerschaft auch künftig unterstützen und genau überwachen. In Bezug auf die Meinungsfreiheit stellt Frau KAKKO eindeutig fest, dass dringend etwas unternommen werden müsse, um zu verhindern, dass auf der Grundlage gewisser Bestimmungen des türkischen Strafgesetzbuches – insbesondere § 301 – Verfahren gegen Personen eingeleitet werden, die gewaltlos ihre Meinung äußern. Sie hoffe aufrichtig, dass dieser sowie andere vage formulierte Artikel des Strafgesetzbuches an die entsprechenden europäischen Normen angepasst werden würden. Sie erläutert, dass es nach wie vor dringend erforderlich sei, Gesetze zur Überwindung der Schwierigkeiten zu verabschieden, denen sich nichtmuslimische Religionsgemeinschaften gegenübersehen, um religiösen Pluralismus nach europäischem Vorbild zu garantieren. Menschenrechtsverletzungen im Südosten gäben ebenfalls Anlass zur Sorge. Es sei nunmehr dafür zu sorgen, dass die geltenden Rechtsvorschriften auf allen Ebenen wirksam umgesetzt würden. Sie erinnert daran, dass der Ratsvorsitz die Bombenanschläge in verschiedenen Teilen des Landes als sinnlose Terrorakte verurteilt habe. Gleichzeitig betone die EU erneut, dass dringend eine umfassende Strategie erarbeitet und umgesetzt werden müsse, die die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Region garantiere. Nur so könnten die Achtung der Grundrechte und lokaler Erfordernisse gewährleistet und regionale Ungleichgewichte abgebaut werden. Im Bereich des Minderheitenschutzes und des Zugangs zu kulturellen Rechten seien bereits Fortschritte zu verzeichnen. Frau KAKKO verweist auf das Zusatzprotokoll und das Abkommen von Ankara und erinnert daran, dass die Türkei zu deren vollständiger diskriminierungsfreier Umsetzung sowie zur Aufhebung aller Beschränkungen im Bereich des freien Warenverkehrs, wozu auch die Transportmittel gehören, verpflichtet sei. Sie verweist nachdrücklich auf die Bedeutung, die die EU der möglichst baldigen Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und allen Mitgliedstaaten der EU beimisst. Sie erläutert die Konsultationen des finnischen Ratsvorsitzes, bei denen es darum geht, eine Lösung zu finden, die eine ungehinderte Fortsetzung des türkischen Beitrittsprozesses ermöglichen und die Lage beider Bevölkerungsgruppen in Zypern verbessern würde. Bedauerlicherweise sei der Ratsvorsitz zu der Erkenntnis gelangt, dass die derzeitigen Umstände eine Einigung noch während des finnischen Ratsvorsitzes nicht zuließen. Der Ratsvorsitz werde darauf hinwirken, dass der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ am 11. Dezember eine Entscheidung in dieser Sache treffen werde. Sie führt aus, dass die Einhaltung der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens und der Zollunion entscheidende Elemente bei der türkischen Vorbereitung auf den EU-Beitritt darstellten. Ferner hoffe sie auf baldige Fortschritte in diesem Bereich und in anderen Bereichen, um die Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen zu ermöglichen.

Herr BOZKIR, der als Botschafter die türkische Regierung vertritt, erklärt, dass Außenminister GÜL und der türkische Chefunterhändler bei der EU, Herr BABACAN, aufgrund unvorhergesehener Änderungen ihrer Terminplanung verhindert seien. Er erklärt,

dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei an diesem Punkt angelangt seien, weil man ein Scheitern des Beitrittsprozesses befürchtete. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU seien nach wie vor von ungeheurem gegenseitigen Interesse. Die Türkei habe der finnischen Initiative stets sehr positiv und aufgeschlossen gegenübergestanden. Der finnische Ratsvorsitz habe nach Gesprächen mit dem griechisch-zyprischen Außenminister und dem türkischen Außenminister erklärt, dass er keine Möglichkeit sehe, seinen Vorschlag mit Leben zu erfüllen. Seiner Ansicht nach müsse die EU nunmehr entweder vor der Ratstagung oder während der Tagung der Außenminister entscheiden, wie in Bezug auf die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU weiter zu verfahren sei. Er verweist auf die große Bedeutung, die die Türkei den Beziehungen zur EU beimisst, und betont, dass die EU sicherlich alle Elemente dieser Beziehungen prüfen und sich nicht von einigen negativen Entwicklungen beeinflussen lassen werde, für die nicht die Türkei die Verantwortung trage. Botschafter BOZKIR stellt fest, dass die türkische Öffentlichkeit die Entwicklungen der nahen Zukunft sehr genau verfolgen werde, und betont, dass dringend konkrete Schritte eingeleitet werden müssten. Er stellt fest, dass ein Kapitel geöffnet und dann wieder geschlossen worden sei. Danach seien sämtliche Beitrittskapitel entweder in der Erweiterungsgruppe oder auf der Ebene des Ausschusses der ständigen Vertreter blockiert worden. Es gebe neun Kapitel mit Abschlussberichten und einige Kapitel, für deren Öffnung keine Benchmarks vorlägen. Er argumentiert, dass die technischen Verhandlungen fortgesetzt werden müssten und dass es sehr bedauerlich wäre, wenn diese Verhandlungen aufgrund irrelevanter Probleme abgebremst würden oder ganz zum Erliegen kämen. Wenn dieser Prozess die Unterstützung der türkischen Öffentlichkeit verliere, wäre es für jede Institution, die Regierung oder das Parlament in der Türkei sehr schwierig, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um ein Festfahren zu vermeiden.

Herr MIREL, der die Europäische Kommission vertritt, ergreift das Wort und dankt den Kovorsitzenden. Er unterstreicht, dass der Beitritt der Türkei zur EU ein langfristiger Prozess sein wird, und stellt fest, dass der finnische Ratsvorsitz große Anstrengungen unternommen hat, um eine Kompromisslösung zu finden. Es müsse klargestellt werden, dass es darum gehe, eine umfassende Lösung für die Zypern-Frage zu finden; doch die aktuellen Bedingungen ließen eine Einigung nicht zu. Die Kommission unterstütze die Suche nach einem Weg aus der derzeitigen Sackgasse voll und ganz. Er stellt fest, dass die Kommission noch vor der für den 11. Dezember anberaumten Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ Empfehlungen vorlegen werden, damit die Minister eine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen können. Herr MIREL erinnert an die Rede von Kommissionsmitglied Olli REHN vor dem Europäischen Parlament. Der Beitritt der Türkei zur EU sein ein steiniger Weg. Dies beschreibe treffend den Integrationsprozess mit seinen Anpassungen und komplizierten Entscheidungen. Er stellt abschließend fest, dass die strategische Bedeutung der Fortsetzung des Beitrittsprozesses der Türkei auch künftig fest in den Hirnen all jener verankert sein wird, die auf der Ebene des Rates die entsprechende Entscheidung zu treffen haben.

Herr EURLINGS stellt fest, dass die in der Vergangenheit mit vielen Beitrittsländern gesammelten Erfahrungen die EU gelehrt hätten, eine negative Situation durch positives Denken zu überwinden. Er verweist auf den Bericht des Europäischen Parlaments zur Türkei, in dem von einer eindeutigen Verlangsamung des Reformtempos die Rede ist. Sollte eine Welle des Nationalismus heranrollen, so könnten die Nationalisten niemals die Reformisten sein. Er bringt sein Bedauern über eine mögliche Kollision in Bezug auf die Zypern-Frage zum Ausdruck und stellt fest, dass Europa die Türkei nicht gebeten habe, die Republik Zypern

anzuerkennen. Stattdessen habe die EU einen Ausweg gefunden, indem das Zusatzprotokoll für eine Art De-facto-Normalisierung der Beziehungen genutzt werde. Er stellt fest, dass nur die Vereinigung eine wirkliche Lösung für Zypern darstelle. Die Türkei sollte die Bedingungen erfüllen, die bei Verhandlungsaufnahme gestellt worden waren, und die EU müsse in Bezug auf Nordzypern Offenheit beweisen. Herr EURLINGS verweist auf die Rede von Premierminister ERDOGAN zur Änderung von § 301. Nach dessen Abänderung müsse die Meinungsfreiheit garantiert werden. Er stellt fest, dass das Zusammenwirken von Kulturen und Religionen in der türkischen Gesellschaft verankert werden kann. Wenn die Türkei religiösen Minderheiten Rechte einräume, dann könnte sich die Türkei zu einer sehr wichtigen Brücke zwischen den Religionen und Kulturen entwickeln.

Herr ÖYMEN stellt fest, dass man sich versammelt habe, um mit Freunden in einem freundlichen Ton die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zu diskutieren. Zur Zypern-Frage erklärt er, dass allgemein bekannt sei, dass die EU der Türkei vorgeschlagen habe, den Annan-Plan, der vorsehe, die griechische Regierung durch eine gemischte türkisch-griechische Regierung zu ersetzen, zu akzeptieren. Doch jetzt schlage die EU vor, die Beziehungen zur griechischen Regierung zu normalisieren, weil diese den Annan-Plan abgelehnt habe. Seiner Meinung nach sei es unfair, die Türkei für deren Ablehnung zu bestrafen, und argumentiert, die EU habe am 26. April beschlossen, das Wirtschaftsembargo gegen den türkisch-zyprischen Landesteil aufzuheben. Wegen der ablehnenden Haltung der griechischen Zypriener sei die EU nicht in der Lage, den Beschluss umzusetzen, und werfe der Türkei vor, in der Zypern-Frage unkooperativ zu sein. Der finnische Plan sehe vor, die Türkei um zusätzliche Zugeständnisse zu ersuchen, und zwar nur, um die Entscheidungen der EU bedingungslos umzusetzen. Damit die Beschlüsse vom 26. April umgesetzt werden können, müsse die Türkei dafür bezahlen. Sei die Türkei dazu nicht bereit, dann müsse sie bestraft werden.

Herr MATSAKIS ergreift das Wort und sagt, dass er sich eine Lösung des Zypern-Problems wünsche, betont aber, dass man nicht gekommen sei, um den Konflikt zu lösen. Als Beitrittsland müsse die Türkei das Protokoll von Ankara ratifizieren und umsetzen. Auch die öffentliche Meinung in Europa verändere sich. Er erinnert an die Erklärungen zu den Zusagen der Türkei, die Herr ERDOGAN, Herr GÜL und hochrangige Armeegenerale abgegeben haben. Er betont, dass Zypern nicht die einzige problematische Frage in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sei.

Herr ELEKDAG stellt fest, dass Zypern nicht unter die Kopenhagener Kriterien fällt. Die Mitgliedstaaten der EU, die einem Beitritt der Türkei ablehnend gegenüberstehen, machten sich die Zypern-Frage zunutze. Seiner Ansicht nach sei dies ungerecht. Er schlägt vor, die Zypern-Frage bis nach den Wahlen in Zypern außer Acht zu lassen, damit die Delegationen das Problem sinnvoll angehen können.

Nach Auffassung von Herrn DUFF ist das Problem deshalb so schwer in den Griff zu bekommen, weil die griechisch-zyprischen Behörden einer Aufteilung der Macht ablehnend gegenüberstünden. Die türkische Seite sei zu störrisch und zu schwach, als dass sie die für die dringend erforderliche Lösung notwendigen Zugeständnisse machen würde. Er hoffe, der Rat werde eine konsequente und in sich schlüssige Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen. Er stellt fest, dass es Aufgabe der Zivilgesellschaft der Insel sei, den Lähmungszustand, in den die strategischeren Kräfte geraten sind, zu überwinden.

Nach Ansicht von Herrn VAN ORDEN sind für den Beitritt Signale des guten Willens und nicht eine negative Einstellung notwendig. Er unterstreicht, dass sich der Rat am 26. April 2004 eindeutig verpflichtet habe, die Isolation von Nordzypern zu überwinden. Fünf Tage später trat ein weiteres Land der EU bei und blockierte unverzüglich jeden Fortschritt in dieser Sache. Seiner Meinung nach müsse die EU Möglichkeiten für positive Schritte finden, um das Patt zu überwinden und die Blockademöglichkeiten dieses speziellen Mitgliedstaats zu umgehen. Andernfalls könnte die Türkei sich woanders hinwenden. Das wäre eine Katastrophe. Er bringt seine Enttäuschung über die Haltung der Republik Zypern zum Ausdruck, die nichts unternimmt, um sich auf den türkisch-zyprischen Landesteil zuzubewegen und dieses spezielle Problem zu überwinden.

Frau ÖZDEMIR dankt Herrn VAN ORDEN, dessen Ansichten sie voll und ganz teile. Sie stellt fest, dass die Reformbefürworter auf Unterstützung angewiesen seien, die die EU ihnen ihrer Ansicht aber vorenthalte. Wenn es zu einer Kollision komme, dann sei auch die EU daran beteiligt. Das ungelöste Zypern-Problem gebe nationalistischen Strömungen neue Nahrung, was sowohl für die Türkei als auch für Europa mit negativen Auswirkungen verbunden sei.

Herr BEGLITIS begrüßt die türkischen Kollegen und stellt fest, dass die GPA-Sitzungen keine politische Showveranstaltung sei und folglich gegenseitige Schuldzuweisungen vollkommen fehl am Platze seien. Seiner Ansicht nach sei es notwendig, nach einem dynamischen und konstruktiven Kompromiss zu suchen, der eine für beide Seiten annehmbare Lösung bietet. Er fordert seine griechisch-zyprischen Kollegen auf, den am 26. April gefassten Beschluss zur Beendigung der Isolation des türkisch-zyprischen Landesteils zu respektieren. Die Beendigung der Isolation des türkisch-zyprischen Landesteils dürfe nicht in eine Sackgasse münde, ganz im Gegenteil, sie müsse zu einer positiven Atmosphäre führen, damit dieses Problem gelöst werden könne. Die Beendigung der Isolation muss eine stabile Grundlage für gegenseitiges Vertrauen schaffen, was die unerlässliche Voraussetzung für eine ordnungsgemäße politische Lösung darstellt. Sowohl Zypern als auch die Türkei, Griechenland, die EU und die UNO können einen Beitrag zur Schaffung einer neuen Atmosphäre des Vertrauens und damit zu einer Lösung leisten.

Herr ALIOGLU erinnert daran, dass die Türkei die Voraussetzungen für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen erfüllt hat. Was den Beitritt der Türkei angehe, so werde mit zweierlei Maß gemessen, und der Türkei werde nicht der erforderliche Respekt entgegengebracht. Seiner Ansicht nach bedarf es eines neuen Ansatzes sowie eines tieferen Verständnisses für das bedeutende Beitrittsvorhaben der EU.

Herr MATSIS spricht sich für eine kompakte Lösung auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Besitzstands aus. Er hoffe, dass man im Dezember keine sich für die Türkei und den türkisch-zyprischen Landesteil bietenden Chancen verpassen werde.

Herr AKCAM betont, dass Zypern bereits bei der Unterzeichnung des Abkommens über die Zollunion ein Problem war. Er ersucht den finnischen Ratsvorsitz um Alternativen für die ausweglose Situation in der Zypern-Frage. Er erinnert Herrn EURLINGS daran, dass die Nationalisten die Todesstrafe abgeschafft haben, als sie an der Macht waren.

Frau KAKKO erklärt, der finnische Vorsitz habe sich um einen pragmatischen, positiven und ausgewogenen Ansatz für die Erfüllung der Verpflichtungen seitens der Türkei und der EU

bemüht. Sie erläutert die strategische Bedeutung des Beitritts für beide Seiten und bekräftigt die Absicht des Ratsvorsitzes, durch erneute gezielte Ausrichtung der Parameter auf die Erweiterung auf der Ratstagung am 11. Dezember konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Herr EURLINGS stellt fest, dass die Darlegungen des finnischen Ratsvorsitzes ihn in seinen Hoffnungen bestärkt haben, und erwähnt, dass das Protokoll von Ankara Teil der Voraussetzungen für die Aufnahme der Verhandlungen gewesen sei.

Herr MIREL stellt fest, dass die Kommission mit der Umsetzung der Hilfsmaßnahmen in Nordzypern begonnen und ein Büro für technische Hilfe eröffnet habe. Der Rat habe das Embargo am 26. April 2004 nicht aufgehoben. Im Gegenteil, der Rat habe die Kommission um Vorlage von Vorschlägen für die Beendigung der wirtschaftlichen Isolation Nordzyperns ersucht. Diese legte u. a. drei Vorschläge vor, zu denen die Verordnung über die Grüne Linie zur Erleichterung des Handels zwischen den beiden Teilen der Insel, die Regelung über Finanzhilfe und eine Regelung über die Handelsförderung, die den direkten Handel zwischen Nordzypern und der EU ermöglicht, zählen. Er wiederholt, dass der Rat das Embargo am 26. April nicht aufgehoben habe.

4. Botschafter BOZKIR ergreift das Wort und äußert sich zu einzelnen Elementen des Verhandlungsprozesses. Er hoffe, dass die Verhandlungen fortgesetzt werden und mindestens drei weitere Kapitel rasch zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden können, sobald der Rat die Diskussionen abgeschlossen habe. Er betont, dass es für den Beitrittsprozess einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens bedarf, das weitere Fortschritte anhand klarer Ziele begünstige. Er geht auf den regelmäßigen Bericht der Kommission von 2006 ein, der das Engagement der türkischen Regierung für den Reformprozess bestätige und die erzielten Fortschritte umreißt. Auf das Reformtempo eingehend stellt er eindeutig fest, dass sich die Türkei nach wie vor konsequent für den Reformprozess einsetze, was beispielsweise in der Verabschiedung des 9. Reformpakets durch das türkische Parlament zum Ausdruck käme. Bezug nehmend auf § 301 des türkischen Strafgesetzbuches erinnert Herr BOZKIR daran, dass sich die Regierung bereit erklärt habe, Änderungen in Betracht zu ziehen. Er äußert Bedenken zu dem vom Europäischen Parlament angenommenen Bericht und stellt fest, dass der Bericht keinen zufriedenstellenden Beitrag zum Beitrittsprozess leistet. Er erwarte, dass künftige Berichte über die Türkei objektiver und in einer weiteren Fortschritten auf dem Weg zum EU-Beitritt förderlicheren Art und Weise verfasst werden. Seiner Ansicht nach werde die Türkei im Bericht Brok in unfairer Weise herausgegriffen. Der Abschnitt über Zypern sende falsche Signale aus, indem er der Türkei die Alleinverantwortung für die Lösung des Problems zuweist. Er stellt fest, dass die Abschnitte über die verstärkte Nachbarschaftspolitik und multilaterale Beziehungen verwirrend seien und zur Schaffung eines künstlichen neuen Status führen könnten. Die Türkei sollte als ein Verhandlungsland angemessen in dem Text erwähnt werden. Der Begriff der privilegierten Partnerschaft wurde im Zuge der Abstimmung im Ausschuss für konstitutionelle Fragen gestrichen und sollte im Plenum erneut zur Abstimmung kommen. Er stellt fest, dass die Mitgliedschaft einen Dialog mit der Zivilgesellschaft erfordere. Die Türkei unterstütze das Vorhaben der Kommission zum Dialog mit der Zivilgesellschaft voll und ganz.

Herr MIREL erklärt, dass der Screening-Prozess in Zusammenarbeit mit den türkischen Kollegen im Oktober dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Er erläutert das Benchmarking-System. Er stellt dabei eindeutig fest, dass sich das Verhandlungstempo nach den Reformen der Türkei in den speziellen Kapiteln richten werde. Er erwarte, dass die

Türkei die Benchmarks erfüllt, bevor die Kommission ihren Bericht dem Rat vorlegt. Herr MIREL begrüßt das 9. Reformpaket und unterstreicht die Bedeutung der Justizreform für die Bürger der Türkei. Er verweist auf die Bedeutung des Abkommens über die Zollunion und geht anhand von Beispielen über die Zunahme der Direktausfuhren und Direktinvestitionen beider Seiten im letzten Jahr auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei ein. Er unterstreicht die enorme Bedeutung, die der Türkei bei der Sicherung der Energieversorgung der EU zukommt. Er erinnert daran, dass der PKK-Terrorismus im Fortschrittsbericht unmissverständlich verurteilt werde, und verweist darauf, dass eine Lösung für die sehr ernstesten ökonomischen und sozialen Probleme der Region gefunden werden müsse.

Frau BOZKURT umreißt die Fortschritte, die bei den Frauen- und generell den Menschenrechten erzielt wurden, und verweist auch auf die Probleme bei der Umsetzung. Sie fordert das türkische Parlament zur Einsetzung eines Ausschusses auf, der sich mit der Gewalt gegen Frauen befassen solle.

Herr SAHIN beglückwünscht Frau BOZKURT zu ihrem konstruktiven Bericht über die Rechte der Frauen in der Türkei. Er hebt die in den Bereichen Bildung und Gesundheit erzielten Erfolge hervor und verweist auf die erfolgreiche Durchführung des Projekts, das die Erhöhung der Zahl weiblicher Studenten im Südosten der Türkei zum Ziel hat.

Herr ÖYMEN stellt fest, dass nicht § 301 verantwortlich gemacht werden sollte, sondern Mängel in der Justizreform insgesamt und der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten. Er führt als Beispiel die Strafgesetzbücher mehrerer EU-Mitgliedstaaten an, in denen die gleichen Formulierungen wie in § 301 enthalten seien. Er übt Kritik am Fortschrittsbericht, dessen Behauptungen zu Folter und Misshandlung er als äußerst vieldeutig einschätzt. Ferner stellt er fest, dass es nicht einen einzigen Fall der Einmischung der türkischen Armee in das politische Leben der Türkei und die Entscheidungen des türkischen Parlaments gebe. Er wirft der Kommission vor, sie habe sich bei der Erarbeitung des Berichts an extremistische und radikale Gruppen gehalten, und will von der Kommission wissen, weshalb sie die CHP als wichtigste Oppositionspartei im türkischen Parlament nicht konsultiert habe. Er bittet die EU abschließend um eine sehr sorgfältige Wortwahl in Bezug auf religiöse und Minderheitenrechte.

In Erwiderung auf Herrn ÖYMENS Frage verweist Herr MIREL auf die Glaubwürdigkeit, die der ausgewogene Fortschrittsbericht weltweit genießt. Er stellt fest, dass die Kommission nicht nur mit sehr vielen Nichtregierungsorganisationen (NRO) zusammentrifft, sondern auch mit Gouverneuren, Bürgermeistern und Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses des türkischen Parlaments. Er führt den Zwischenfall in Semsdinli als offensichtliches Beispiel für die Einflussnahme der Armee auf die Politik an. Er stellt fest, dass § 301 nicht denselben Wortlaut habe wie die von Herrn ÖYMEN angeführten Beispiele. Die EU könne nicht 20 Jahre lang warten, bis sich in einem Verhandlungsland eine entsprechende Rechtsprechung herausgebildet habe.

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr geschlossen.

Herr DUMANOGLU, Ko-Vorsitzender, eröffnet die Vormittagssitzung um 9.15 Uhr und erteilt Herrn MATSAKIS das Wort.

Herr MATSAKIS begrüßt die von der Türkei erzielten Fortschritte. Seiner Ansicht nach sei der türkische Beitritt zur EU eine Überlebensfrage für sein Land. Er verweist nachdrücklich auf das Gefälle zwischen dem Osten und dem Westen der Türkei und unterstreicht unter Verweis auf die große Zahl der Analphabeten die Rolle der Bildung. Er nimmt Bezug auf die Probleme im Bereich Gesundheit in der Osttürkei und vor allem auf die Kindersterblichkeit.

Herr ELEKDAG stellt fest, dass die öffentliche Unterstützung für den Beitritt der Türkei zur EU aufgrund des Misstrauens und der Tatsache, dass die EU mit zweierlei Maß messe, beträchtlich geschrumpft sei. Er schlägt ferner vor, die Zypern-Frage auf 2008 zu vertagen, wenn in der Türkei und in Zypern allgemeine Wahlen stattfinden werden.

Herr HOWITT verweist auf die Bedeutung der Kommunikation zwischen den Beteiligten sowie die Verantwortung verschiedener Mitglieder des GPA, deren gemeinsame Aufgabe es ist, die Öffentlichkeit für die Integration der Türkei in die EU zu gewinnen. Er betont, dass die Verhandlungen nur dann vorankommen können, wenn der Prozess die öffentliche Unterstützung beider Seiten genießt.

Herr ÖGER stellt fest, dass die Türkei eine Lösung für das Zypern-Problem sowie Frauen- und Menschenrechtsfragen finden müsse. Die Türkei müsse den Dialog aufrechterhalten und sich intensiver um eine Lösung des Zypern-Problems bemühen. Er schlägt vor, die Kapitel, in denen es um die Zollunion und die Zypern-Frage geht, zum Schluss zu diskutieren, um den Verhandlungen so bessere Erfolgchancen einzuräumen.

Frau ÖZDEMIR äußert sich zu den wichtigen Entwicklungen in Bezug auf die Frage der Minderheitenrechte in der Türkei. Dagegen gewähre die EU nicht allen Minderheiten dieselben Rechte, und zwar insbesondere in Griechenland. Sie erwarte, dass die EU die Rechte türkischer Minderheiten, die in europäischen Regionen lebten, verbessert

Herr ÖYMEN stellt fest, dass die EU möglicherweise selbst dann noch nicht zur Integration bereit sei, wenn die Türkei alle Auflagen erfüllt und das Zypern-Problem löst. Er verweist auf die Notwendigkeit einer Finanzreform in Europa und führt aus, dass der Preis, den die EU für den türkischen Beitritt zahlen müsse, etwa 11,5 Milliarden Euro betrage. Er erinnert an die Erklärungen europäischer Staats- und Regierungschefs, in denen gegen den türkischen Beitritt argumentiert werde, und zieht die ausdrückliche Position der EU in dieser Frage in Zweifel. Seiner Ansicht nach ziele die Türkei nicht auf eine Beschneidung der Meinungsfreiheit ab, was in § 301 klar zum Ausdruck komme. Er betont, dass die türkische Verfassung die private Ausbildung an Religions- und Militärschulen verbietet und dass der Patriarch die Einrichtung eines Priesterseminars an der Theologischen Fakultät der Universität Istanbul abgelehnt habe.

Herr MIREL kritisiert den Begriff der Aufnahmekapazität, der Bestandteil der Schlussfolgerungen des Rates von Kopenhagen im Jahre 1993 war und durch den Begriff der Integrationskapazität ersetzt wurde. Er stellt fest, dass dies nichts Neues sei und die Kommission ihre Folgenabschätzungen fortsetzen werde. Die Kommission habe eindeutig erklärt, dass es keine weiteren Beitritte geben sollte, solange mit Blick auf den Verfassungsvertrag die institutionelle Frage nicht geklärt sei.

In Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn ÖYMEN stellt der Ko-Vorsitzende Herr LAGENDIJK fest, dass die Erklärungen der europäischen Staats- und Regierungschefs kein guter Grund seien, den Reformprozess in der Türkei zu verzögern. Verantwortungsbewusste

Politiker, die von sich behaupten, dass sie den Beitritt der Türkei zur EU unterstützten, sollten diese Argumente nicht zur Verzögerung des Reformtempo benutzen. Ferner sei die Feststellung, § 301 schränke die Meinungsfreiheit nicht ein, seiner Ansicht nach bedenklich. Mit der Verteidigung von § 301 sei niemandem gedient, der den türkischen Beitritt befürwortet.

Herr ÖYMEN erwidert, dass die Abschaffung von § 301 das falsche Ziel sei und das Problem nicht löse. Er unterstreicht, dass es keinen gesetzlichen Schutz für Verleumdungen und Beleidigungen geben dürfe. Es gelte, Einstellungen und die Verfahren für die Ernennung von Staatsanwälten zu verändern. Er führt als Beispiel Artikel des Strafgesetzbuches an, die bereits gestrichen worden sind und Beschränkungen der Meinungsfreiheit zum Gegenstand hatten. Er fordert eine grundlegende Justizreform in der Türkei und stellt fest, dass er sich wünsche, dass die Türkei hinsichtlich der Meinungsfreiheit die höchsten Normen in Europa verwirklicht.

Herr LAGENDIJK, Ko-Vorsitzender, stellt fest, dass die CHP als wichtigste Oppositionspartei die Regierung nicht in ihrem Bemühen um Fortschritte unterstützt und definitiv ein Wahrnehmungsproblem nicht nur in Bezug auf § 301, sondern auch hinsichtlich der Kurdenfrage, der Rolle der Armee und des Stiftungsgesetzes habe.

Herr ÖYMEN schlägt dem Ko-Vorsitzenden LAGENDIJK vor, sich nicht auf die Printmedien zu beschränken, sondern die CHP direkt zu konsultieren. Er betont, dass die CHP in jeder Frage kommunikationsbereit sei.

5. Herr CEYLAN führt aus, dass die terroristische PKK ihren Namen zwar geändert habe, aber ihre seit 20 Jahren andauernden terroristischen Handlungen auf der Grundlage des ethnischen Separatismus fortsetze. Er erhebt den Vorwurf, dass die PKK ihre Propagandakampagnen nach wie vor über verschiedene Organisationen in europäischen Ländern führt und sich selbst finanziert. Die türkische Regierung gebe jährlich ca. 150 Milliarden Dollar für den Kampf gegen die PKK aus. Er erklärt, dass die türkischen Bürger Bürgerrechte unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit genießen. Die Türkei könne nicht Teil einer EU sein, wenn diese lediglich ein christlicher europäischer Club wäre.

Herr DUFF unterstreicht, dass die meisten Mitglieder des GPA das säkulare Prinzip der Trennung von Kirche und Staat sehr zu schätzen wüssten. Er missbilligt den amerikanischen und britischen Angriff auf den Irak, der schlecht geplant gewesen und bei der Vermittlung demokratischer Werte und Praktiken gescheitert sei. Er erinnert an die Rede von Premierminister ERDOGAN, in der dieser einräumt, dass die Kurdenfrage ein politisches Problem darstelle. Er stellt fest, dass der Terrorismus nicht nur mit militärischen Mitteln bekämpft werden könne. Gleichzeitig müsse auf politischem Wege versucht werden, die Menschen davon zu überzeugen, der Gewalt abzuschwören und stattdessen einen friedlichen politischen und demokratischen Weg einzuschlagen. Er will wissen, weshalb auf die angebliche Waffenruhe der PKK nicht konstruktiv reagiert wurde. Er fragt ferner, weshalb das Wahlsystem, das für ethnisch-nationalistische Parteien eine kaum zu überspringende Hürde vorsieht, bis zu den Parlamentswahlen im nächsten Jahr nicht verändert wird. Herr DUFF erwartet, dass die türkische Regierung und die CHP einen Vorschlag zur Dezentralisierung der Macht in der Türkei vorlegen, und zwar insbesondere mit Blick auf den Südosten des Landes. Er warnt, dass es ohne ein stabileres politisches Umfeld im Südosten

der Türkei unmöglich sein werde, öffentliche oder private Investoren anzulocken, die die gesamte Region dringend brauche.

Herr INAN stellt fest, dass das Ziel der Terroristen einfach darin bestehe, das Land zu destabilisieren und ins Chaos zu stürzen. Seiner Ansicht sei in der Türkei die PKK die Quelle des Terrorismus. Sie würde der Türkei Land stehlen, um mit Hilfe der Kurden im Irak einen kurdischen Staat zu bilden. Die PKK sei eine separatistische und rassistische Organisation, deren Zielscheibe nicht nur die Staatsmacht sei, sondern auch Zivilisten einschließlich der kurdischen Bevölkerung. Er beziffert die Zahl der Opfer in der Türkei mit 35 000. Er stellt fest, dass die PKK von 45 europäischen Zeitschriften und 160 Hilfsorganisationen unterstützt werde und dass die in der Türkei lebenden Türken nicht notwendigerweise separatistische Ziele verfolgten. Die Türkei bestehe aus unterschiedlichen Volksgruppen, wobei die türkische Staatsbürgerschaft jedoch an vorderster Stelle stehe. Er verweist auf die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und eines ordnungsgemäßen Rechtsrahmens im Kampf gegen den Terrorismus.

Herr VAN ORDEN stellt fest, dass diese Aussprache über den Terrorismus, was das Verständnis der aktuellen Probleme und Schwierigkeiten der Türkei angehe, möglicherweise der wichtigste Teil der Beziehungen zur Türkei sei. Seiner Ansicht nach messe die EU dem Terrorismus nicht den ihm gebührenden Stellenwert bei, sondern sie konzentriere sich stärker auf die Menschenrechtsdimension, anstatt sich mit weiteren Aspekten des Terrorismus in der Türkei auseinanderzusetzen. Obwohl die EU die PKK als Terrororganisation eingestuft habe, werde wenig getan, um Finanzierungs- und Propagandaquellen wirksam zu blockieren. Er führt aus, dass sich die von der PKK unterdrückten Menschen in der Südostregion nichts sehnlicher wünschten, als sich von diesem Druck zu befreien. Das Terrorproblem in der Türkei habe sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf das internationale Ansehen des türkischen Staates enorme Auswirkungen. Die EU sollte sich bemühen, die Türkei bei der Überwindung dieses speziellen Problems zu unterstützen, und sie nicht nur kritisieren.

Herr EURLINGS betont nochmals, dass die EU die Terrororganisation PKK ablehnt und sich den demokratischen Kräften der Türkei, die die Bürger vor barbarischen Verbrechen schützen wollen, solidarisch verbunden fühlt. Er ermutigt die Kurden, sich vom Terrorismus, der ihre Sicherheit bedrohe, zu distanzieren. Er teilt den Vorbehalt von Herrn KRESTCHMER gegen das Antiterrorismusgesetz, das so formuliert sei, dass es auf zu viele sonstige Straftaten Anwendung finden könnte. Er fordert seine Kollegen deshalb auf, sich dieser Gefahr bewusst zu sein.

Herr DEMIRKIRAN unterstreicht, dass die PKK weltweit und nicht nur in Europa als Terrororganisation gilt. Er erinnert an die Rede von Premierminister ERDOGAN zur Kurdenfrage und stellt fest, dass die Regierung um die Probleme der Region weiß. Er betont, dass es in der Türkei keine ethnische Diskriminierung gebe und derzeit etwa 100 kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament vertreten seien. Er akzeptiert die Feststellung von Herrn DUFF in Bezug auf die hohe Hürde für den Einzug ins Parlament, was seiner Ansicht nach aber für die politische Stabilität erforderlich sei.

Herr MATSAKIS stellt fest, dass die PKK in der Türkei an Boden verliert, in Europa aber an politischem Einfluss gewinnt. Die PKK verfolge keine militärischen Ziele, sondern politische. Er führt aus, dass die PKK sehr hartnäckig versucht habe, sich mit militärischen Mitteln

durchzusetzen, damit aber vollkommen gescheitert sei. Die Türkei müsse verstehen, was Menschen veranlasse, sich dem Terrorismus zuzuwenden. Die Türkei müsse etwas gegen die Ungerechtigkeit, extreme Armut und das Analphabetentum im Südosten des Landes unternehmen, um den Terrorismus und nicht die Terroristen zu bekämpfen. Er verweist auf Leyla Zana, die inhaftiert wurde, weil sie im türkischen Parlament kurdisch gesprochen hatte, und stellt fest, dass die Türkei ihr Vorgehen im Kampf gegen den Terrorismus ändern müsse.

Herr ÖGER erklärt, dass die Armee das Kurdenproblem nicht lösen könne. Es wäre besser gewesen, wenn 50 der 150 Milliarden für die Entwicklung der Region ausgegeben worden wären. Die Türkei müsse die Voraussetzungen für einen echten Dialog schaffen. Der Sitzung mangle es an einem richtigen Meinungs austausch. Seiner Ansicht nach sei die Mehrheit der EU-Mitglieder nicht daran interessiert, dass sich die EU zu einem christlichen Club entwickelt.

Herr ELEKDAG geht auf den internen Krieg im Irak ein, der eine enge Verbindung zum Terrorismus aufweist. Die Lage im Irak habe sich verschlechtert, und die Türkei müsse sich für die chaotischen Auswirkungen dieser Situation auf die gesamte Region wappnen. Er verweist auf die Bedeutung einer internationalen Konferenz, auf der unter Beteiligung der EU, der USA und der UNO nach einer Lösung für den Irak gesucht werden müsse.

Nach Ansicht des Ko-Vorsitzenden LAGENDIJK kommt es auf das richtige Maß zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit an. Er widerspricht Herrn MATSAKIS und stellt fest, dass die PKK in Europa nicht an politischem Boden gewinne. Er kritisiert das Antiterrorismusgesetz, das eine Bestrafung für gewaltfreie Forderungen vorsieht, und betont, dass es kurdische Politiker gebe, die nach gewaltfreien Lösungen unter Ausschluss der PKK suchten. Die türkische Regierung könne den Dialog mit ihnen aufnehmen und so während des Waffenstillstands zu einer Verbesserung der Lage vor Ort beitragen. Er führt aus, dass es nach wie vor Probleme im Hinblick auf die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten gebe, die die Türkei als säkularer Einheitsstaat lösen müsse.

Frau UCA begrüßt die türkischen Kollegen und erklärt, dass der Terrorismus auf der Basis der Rechtsstaatlichkeit bekämpft werden müsse.

6. Staatssekretär SARIKAYA dankt dem Vorsitzenden und unterstreicht zu Beginn seiner Ausführungen die Bedeutung, die die Umwelt für die Menschheit hat. Er hebt hervor, dass die Türkei dem Schutz der Umwelt mit Blick auf den Klimawandel, die biologische Vielfalt, die Wüstenbildung und gefährdete Arten stets größte Bedeutung beigemessen und dabei die Bestimmungen internationaler Übereinkommen eingehalten habe. Er umreißt die Umsetzung der Umweltgesetzgebung und stellt fest, dass die Türkei mit Mitteln aus dem öffentlichen Haushalt und vom privaten Sektor, die sich auf ca. 60 bis 70 Milliarden Euro beliefen, die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands in Angriff genommen habe. Er erwähnt die im Zusammenhang mit dem kulturellen Erbe der Stadt Hasankeyf geäußerte Kritik am geplanten Ilisu-Staudamm und stellt fest, dass in Hasankeyf eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wurde, um das kulturelle Erbe zu erhalten. Herr SARIKAYA unterstreicht, dass die Türkei ein Entwicklungsland ist und sich aufgrund ihrer geostrategischen Lage in einer sehr heiklen Situation befindet. Deshalb könne die Türkei das Kyoto-Protokoll zurzeit nicht unterzeichnen. Man werde jedoch zum gegebenen Zeitpunkt die notwendigen Schritte einleiten, sodass das Protokoll in naher Zukunft unterzeichnet werden könne. Er betont ferner,

dass die Türkei das Abkommen über grenzüberschreitende Wasserläufe noch nicht unterzeichnet habe. Trotzdem befinde sich die Türkei in ständigem Kontakt mit dem Irak und Syrien. Bedauerlicherweise stellten diese Nachbarländer keine Informationen über die Wassernutzung oder den Wasserbedarf bereit. Zusammenfassend stellt er fest, dass die Türkei sich der Umweltproblematik sehr wohl bewusst sei. Obwohl die Türkei nur über begrenzte Mittel zum Schutz der Umwelt verfüge, versuche sie, so effektiv wie möglich einzugreifen, um eine bessere Zukunft für die kommenden Generationen zu sichern. Das türkische Parlament habe kürzlich den 8. Entwicklungsplan beschlossen, der im Zusammenwirken mit verschiedenen Sektoren die Lösung einer Reihe von Umweltproblemen vorsieht. Die Türkei sei nicht in der Lage, die erforderlichen Investitionen aus eigener Kraft vorzunehmen, und sie sei auf die Hilfe der EU angewiesen.

Der Ko-Vorsitzende Herr LAGENDIJK will wissen, welche Umweltprobleme der Türkei Schwierigkeiten bei der Lösung bereiteten. Er erkundigt sich ferner nach den finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands für kleine und mittlere Unternehmen. Herr LAGENDIJK fragt, ob für den öffentlichen Verkehr – vor allem in Istanbul – Investitionen geplant seien. Abschließend verweist er mit Nachdruck auf die Bedeutung des Kyoto-Protokolls, das eines der sichtbarsten Elemente der internationalen Umweltpolitik sei, und möchte wissen, ob es Pläne für einen baldigen Beitritt der Türkei und damit für einen Beitrag zur Dämpfung der Auswirkungen des Klimawandels gebe.

Staatssekretär SARIKAYA erklärt, dass die Wasseraufbereitung das schwierigste Problem darstelle und die Hälfte des Budgets dafür vorgesehen sei. Seinen Schätzungen zufolge beliefe sich der Gesamtnutzen auf das Vierfache der bei der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands entstehenden Kosten. Er stellt fest, dass das Umweltministerium an einem Vorhaben arbeite, bei dem es um den Verkehr und dessen Bedeutung für den Klimawandel geht, und führt aus, dass die Treibhausgasemissionen pro Kopf der Bevölkerung in der Türkei unter dem weltweiten Durchschnitt liegen und etwa ein Drittel des OECD- und EU-Durchschnitts betragen. Er erklärt, dass die Türkei an der Erfüllung der Auflagen des Kyoto-Protokolls arbeite.

Herr MATSAKIS stellt fest, dass laut Kommissionsbericht zur Türkei fast keine spürbaren Fortschritte im Bereich Umwelt zu verzeichnen seien. Seiner Ansicht nach sei noch viel zu tun, wobei er sich frage, wie die Finanzierung aussehen soll.

Herr MATSIS verweist auf die Bedeutung, die die Erhaltung der Wälder und der Schutz des Meeres und der Küsten für den Schutz des Klimas haben. Er bittet Herrn SARIKAYA um eine Stellungnahme dazu.

Frau SOMMER betont, dass die Türkei ein riesiges Land sei und dass es aufgrund der großen landwirtschaftlichen Flächen schwierig sei, in der Wasserwirtschaft Fortschritte zu erzielen. Sie erinnert an die internationalen Verträge, die die Türkei unterzeichnet hat, einschließlich des Übereinkommens zum Schutz des Kulturerbes, des Übereinkommens über die Erhaltung wildlebender Tiere und Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume sowie des Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes, und stellt eine Frage zum Bau des Ilisu-Staudamms vor dem Hintergrund der Praxis dieser internationalen Vereinbarungen. Ferner erkundigt sich Frau SOMMER nach dem türkischen Vorgehen in Bezug auf die Gentechnik.

Herr ÖYMEN dankt Herrn SARIKAYA für dessen ausführliche Darlegungen. Er behauptet, die Meeresverschmutzung sei größtenteils auf durch die Mitgliedstaaten der EU verursachte Einleitungen in die Donau zurückzuführen. Dies führe zur Ansammlung gefährlicher toxischer Abfälle auf dem Meeresboden, was mit ernsthaften Umweltproblemen für Istanbul verbunden sei. Deshalb rufe er die EU auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die direkt von den europäischen Ländern verursachten Verschmutzungen zu unterbinden. Ferner habe man Hunderte von Fässern mit toxischen Abfällen eingesammelt, die zumeist von aus EU-Ländern kommenden Schiffen ins Meer geworfen worden seien. Es sei enorm schwierig, die EU-Länder zur Rücknahme dieser toxischen Abfälle zu bewegen, die eine Gefahr für die Umwelt darstellten. Seiner Ansicht nach ginge es dabei um weit mehr als den Bau von Wasseraufbereitungsanlagen. Als Beispiel führt er den Frachter „Ulla“ an, der mit toxischen Abfällen beladen aus einem europäischen Land gekommen und in der Bucht von Iskenderun gewissermaßen versenkt worden war. Er erklärt, dass die Türkei sehr lange versucht habe, dieses Land zur Rücknahme des Frachters zu bewegen.

Staatssekretär SARIKAYA stellt fest, dass in der Türkei derzeit die Stärkung der Kapazitäten und die Projektimplementation im Vordergrund stünden, sodass die eigentlichen Fortschritte erst in naher Zukunft spürbar würden. Die damit verbundenen Kosten seien bei rationeller Tarifierung und effizienter Ausführung vertretbar. Bei Waldbränden sei eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, und die dadurch verursachten Verluste lägen in der Türkei unter dem Durchschnitt der anderen Mittelmeerländer. Er erinnert daran, dass die Türkei Unterzeichner der Überkommen von Bukarest und Barcelona über den Schutz der Meeresumwelt sei, und stellt fest, dass das Donauprogramm die Anrainerstaaten zusammengeführt und zu einem Rückgang der Verschmutzung des Schwarzen Meeres beigetragen habe. Herr SARIKAYA erklärt, dass die Entscheidung über den Bau des Ilisu-Staudamms vor der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung getroffen worden sei. Folglich sei er vom regulären Verfahren ausgeschlossen worden. Die Abfälle des versenkten Frachters „Ulla“ seien bereits nach Spanien zurück transportiert worden. Doch aufgrund der Lage der Abfälle sei deren vollständige Bergung nicht möglich.

Der Ko-Vorsitzende Herr LAGENDIJK stellt fest, dass im Bereich Umwelt noch sehr viel zu tun sei. Von der Türkei als Beitrittskandidat werde erwartet, dass sie ihre Rechtsvorschriften im Einklang mit dem gemeinsamen Besitzstand verabschiedet. Man werde das Ilisu-Staudammvorhaben in engem Kontakt mit den türkischen Behörden und NRO genau verfolgen.

Herr HACALOGLU erklärt, dass die Türkei ihre nationalen Ressourcen effizienter nutzen müsse. Er stellt fest, dass die Türkei zwischen 2006 und 2014 3,6 Milliarden Euro für den Schutz der Umwelt benötige.

Herr AKCAM verweist auf Entwicklungsprogramme und die Bedeutung der erneuerbaren Energien für den Umweltschutz.

7. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Ko-Vorsitzende Herr DUMANOGLU schließt die Sitzung um 18.30 Uhr.

8. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

Die Sitzung wird um 17.20 Uhr geschlossen.

**DELTAGERLISTE/ANWESENHEITSLISTE/ΚΑΤΑΣΤΑΣΗ ΠΑΡΟΝΤΩΝ/LIITE RECORD
OF ATTENDANCE/LISTA DE ASISTENCIA/LISTE DE PRESENCE/ELENCO DEI
PRESENTI/PRESENTIELIJST/LISTA DE PRESENÇAS/LÄSNÄOLOLISTA/DELTAGARLISTA**

Til stede	Formandskabet/Vorstand/Προεδρείο/Bureau/Ufficio di Presidenza/Mesa/Puhemiehisto/J.L. Presidium: (*)
Anwesend	LAGENDIJK (P) (1,2) TOUBON (VP) (2) DUFF (VP) (1,2) SOMMER (VP) (1,2) B EGLITIS (VP) (1)
Παρόντες	Medlemmer/Mitglieder/Μέλη/Members/Diputados/Diputs/Deputati/Leden/Deputados/jðsenet/ Ledamöter:
Present	ARIF (2), BOZKURT (1,2), CAMRE (1), HATZIDAKIS (1,2), HÖKMARK (1), HOWITT (2), MATSAKIS (1.,2), MATSIS (1,2), ÖGER (1,2), SCHOPFLIN (1,2), UCA (1,2), VAN ORDEN (1,2)
Presentes	Stedfortrædere/Stellvertreter/Αναπληρωτές/Substitutes/Suplentes/Suppliants/ Membri supplenti/Plaatsvervangers/Membros suplentes/Varajäsenet/Suppleanter:
Présents	
Presenti	CARNERO GONZALEZ (1,2), KAUPPI (2), ROTHE (2), TRIANTAPHYLLIDES (2), ZAHRADIL (1,2)
Aanwezig	
Lasna	
Närvarande	
Art. 178,2	
Art. 162,6	EURLINGS, Rapporteur (1)
Endv. Deltog/Weitere Teiln./ Συμμετείχαν επίσης/Also present Participaron igualmente/ Participaient également/ Hanno partecipato altresì/ Andere deelnemers/ Outros participantes/ Muut osallistajat/ Dessutom deltog	

* (P) =Formand/Vorsitzender/Πρόεδρος/Chairman/Prsident/Presidente/Voorzitter/Presidente/Puhemies/Ordførande
(VP) =Næstform./Stellv. Vorsitz./Αντιπρόεδρος/Vice-Chairman/Vice-Prsident/Vicepresidente/Varapuhemies
Ondervoorz./Vice-Pres./Vicepres/Vice ordförande.

Til stede den/Anwesend am/Παρόν στις/Present on/Prsnt le/Presente il/Aanwezig op/Presente em/Presente el/Lðsnð/Nðrvarande den.

(1) 27/11/2006
(2) 28//11/2006

<p>Efter indbydelse fra formanden/Auf Einladung d. Vorsitzenden/Με πρόσκληση του Προέδρου/At the invitation of the Chairman/Por invitación del presidente/Sur l'invitation du président/Su invito del presidente/Op uitnodiging van de voorzitter/A convite do presidente/Puhemiehen kutsusta/På ordförandens inbjudan:</p> <p>Radet/Rat/Συμβούλιο/Council/Consejo/Conseil/Consiglio/Raad/Conselho/Neuvosto/Redet: (*) GARABELLO, PERTZINIDOU, PORTMAN</p> <p>Kommissionen/Kommission/Επιτροπή/Commission/Comisión/Commissione/Commissie/Commissão/Komissio/ Kommissionen: (*) MIREL, SERVANTIE, DUIJN, SERRI</p> <p>Cour des comptes: C.E.S.:</p>		
<p>Andre deltagere/Andere Teilnehmer Επίσης Παρόντες/Also present Otros participantes/Autres participants/Altri partecipanti Andere aanwezigen/Outros participantes Muut osallistajat/Övriga deltagare</p>		<p>SOPHIANOU, Permanent Representation of Cyprus VALASSOPOULOU, Greek Permanent Representation</p>
	<p>PPE-DE PSE ALDE Verts/ALE GUE/NGL UEN NI</p>	<p>PARI, JARECKA GOMEZ, ZARIFOPOULOU VAN DE WATER DE CRAYENCOUR YURTTAGÜL KALOPSIDIOTOU MATSKEVICH WASSER</p>
<p>Cab. Du Président</p>		
<p>Cab. Du Secrétaire Général</p>		
<p>Generaldirektorat Generaldirektion Γενική Διεύθυνση Directorate-General Dirección general Direction générale Direzione generale Directoraat-generaal Direcção general Contrôle financier Service juridique Pääosasto Generaldirektorat</p>	<p>I II III IV V VI VII</p>	<p>MECKLENBURG, STOKELJ</p>
<p>Udvalgssekretariatet Ausschubsekretariat Γραμματεία επιτροπής Committee secretariat Secretaria de la comisión Secrétariat de la commission Segretariato della commissione Commissiesecretariaat Secretaria de comissão Valiokunnan sihteeriistö Utskottssekretariatet</p>		<p>PFITZNER</p>
<p>Assist./Βοηθός</p>		<p>WHITTALL, MOLLET, SIEGISMUND</p>

* (P) =Formand/Pres./Πρόεδρος/Chairman/Präsident/Voorzitter/Puhemies/Ordførande
(VP) =Næstform./Vize-Pres./Αντιπρόεδρος/Vice-Chairman/Vice-Präsident/Ondervoorz./Vice-pres/Varapuhemies/Vice ordførande.
(M) =Medlem./Mitglied/Μέλος/Member/Miembro/Membre/Membro/Lid/Membro/Jösen/Ledamot
(F) = Tjenestemand/Beamter/Υπάλληλος/Official/Funcionario/Fonctionnaire/Funzionario/Ambtenaar/
Functionario/Virkamies/Tjønsteman

57th EU-TURKEY JPC MEETING

TURKISH DELEGATION

VICE CO-CHAIRMAN	PROF. DR. AYDIN DUMANOĞLU DEPUTY FOR TRABZON
VICE CO-CHAIRMAN	MEHMET CEYLAN DEPUTY FOR KARABÜK
VICE CO-CHAIRMAN	DR. ONUR ÖYMEN DEPUTY FOR İSTANBUL
MEMBER	ALİ RIZA ALABOYUN DEPUTY FOR AKSARAY
MEMBER	AFİF DEMİRKİRAN DEPUTY FOR BATMAN
MEMBER	PROF. DR. NECDET BUDAK DEPUTY FOR EDİRNE
MEMBER	DR. ERSİN ARIOĞLU DEPUTY FOR İSTANBUL
MEMBER	DR. ŞÜKRÜ ELEKDAĞ DEPUTY FOR İSTANBUL
MEMBER	İNCİ ÖZDEMİR DEPUTY FOR İSTANBUL
MEMBER	ZEKERİYA AKÇAM DEPUTY FOR İZMİR
MEMBER	PROF. DR. ÖMER İNAN DEPUTY FOR MERSİN
MEMBER	İLYAS ÇAKIR DEPUTY FOR RİZE
MEMBER	FATMA ŞAHİN DEPUTY FOR GAZİANTEP
MEMBER	ALGAN HACALOĞLU DEPUTY FOR İSTANBUL

ENVIRONMENT AND FORESTY MINISTRY

Prof. Hasan Z. SARIKAYA UNDERSECRETARY

JPC SECRETERIAT

BUKET TURAN
ULAŞ KIRLI
DERYA BAYKAL

MISSION OF TURKEY TO THE EU

-H.E. Amb. Volkan Bozkır

-Mr. Feza Öztürk

- Ms. Deniz Eke

-Mr. Faruk Kaymakcı

-Mr. Ali Tolga Kaya

-Mr. Yaprak Alp

-Mr. Öztürk Yılmaz

-Mr. Sait Uyanık

- Mr Çağlar Çakıralp

- Mr Adnan Altay Altınörs